

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Discussion Paper

C227
2015

Monika Wulf-Mathies

**Europäische Integration
aus historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch
mit Michael Gehler

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-941928-40-4

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

Monika Wulf-Mathies studierte Geschichte, Germanistik und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Hamburg und Freiburg/Breisgau, promovierte 1968 (Dr. phil.), trat 1965 der SPD bei und wurde 1971 Hilfsreferentin in der Pressestelle von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller. 1973 Wechsel in das Bundeskanzleramt unter Willy Brandt, wo sie die Leitung des Referats Sozial- und Gesellschaftspolitik übernahm. 1976 Berufung in den geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV für Sozial-, Frauen- und Gesundheitspolitik. 1982 Nachfolgerin des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker und von 1989 bis 1995 Präsidentin der Internationalen der Öffentlichen Dienste. Von 1994 bis 1999 EU-Kommissarin für Regionalpolitik und Kohäsion. 1999 Wechsel in das Bundeskanzleramt als europapolitische Beraterin unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Von 2001 bis 2008 war Wulf-Mathies Bereichsleiterin der Deutsche Post AG im Zentralbereich Politik und Nachhaltigkeit und von 2001 bis 2006 Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland (seitdem deren Ehrenpräsidentin). Wulf-Mathies ist Mitglied im Konvent für Deutschland, im Beirat der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und seit 2010 Vorsitzende des Vereins für ein Beethoven Festspielhaus „Fest.Spiel.Haus.Freunde“ in Bonn.

Michael Gehler, Professor am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim. 1999-2006 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, 1992-1996 Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien, Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. 2006 Jean Monnet ad personam Chair für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Integrationsgeschichte durch die EU-Kommission, seit 2013 Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien.

Monika Wulf-Mathies

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Wir begrüßen ganz herzlich heute am 11. Juli 2013 am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim Frau Dr. Monika Wulf-Mathies. Können Sie uns etwas über Ihr Elternhaus berichten? Wie sind Sie aufgewachsen und was hat Sie geprägt?

Wulf-Mathies:

Meine Mutter gehörte zu den Trümmerfrauen, die es nach dem Krieg, als Männer rar waren, geschafft hat, sich in ihrem Bereich – sie war Abteilungsleiterin in einer Krankenkasse – hochzuarbeiten. Von daher war ich es immer gewohnt, eine berufstätige Mutter zu haben. Mein Vater war 25 Jahre älter als meine Mutter, in seiner Grundeinstellung eher ein musisch-künstlerischer Mensch. Er hat Gedichte geschrieben. Nach dem Krieg war er bei der Finanzverwaltung in Hamburg beschäftigt. Er hat meine musischen Seiten, die ich jetzt, wo ich mehr Zeit habe, stärker ausleben kann, beeinflusst. Mein Vater war aus einer eher national-konservativen Gesinnung gegen Hitler. Meine Mutter war zwar im BDM, aber kein Parteimitglied. Aus dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches hat sie den Schluss gezogen, dass man sich aus der Politik fern halten solle. Wie in dieser Elterngeneration häufig, vermieden meine Eltern Gespräche über die Nazi-Diktatur und ihre damaligen Ansichten und Erkenntnisse. Meine politischen Prägungen entwickelten sich erst später durch die

Monika Wulf-Mathies

Schule. Zunächst verehrte ich eine Geschichtslehrerin, die einen sehr spannenden Unterricht hielt und sich nicht vor der jüngsten Vergangenheit drückte, sondern uns zur Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik und der Hitler-Zeit ermunterte. Ihr Vorbild hat im Endeffekt auch dazu geführt, dass ich Geschichte studierte. Meine Schulzeit ist insgesamt verhältnismäßig unspektakulär verlaufen. Ich war eine gute Schülerin.

Die intensivere Beschäftigung mit politischen Entwicklungen geht eher auf die Studentenzeit zurück. Nach dem Abitur habe ich Geschichte und Germanistik studiert. Geschichte bedeutete für mich immer auch die Befassung mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und den Rahmenbedingungen für politisches Handeln. In der Studentenbewegung teilte ich den Frust über die gesellschaftlichen und politischen Verkrustungen der Adenauer-Zeit. Ich habe an den großen Demonstrationen in Hamburg teilgenommen. Allerdings fühlte ich mich zu der Zeit – 1968 machte ich Examen und Rigorosum – hin- und hergerissen zwischen dem Streben nach der zügigen Beendigung des Studiums und einem intensiveren politischen Engagement. Das berühmte Foto „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ hat mich sehr bewegt, weil es meines Erachtens sehr treffend versinnbildlichte, worum es uns damals ging. Seitdem bekomme ich immer eine Gänsehaut, wenn ich Talare sehe. An der Universität Bonn hat man ja Talare bei offiziellen Anlässen wieder eingeführt und Rektorat und Dekane mit Samtbaretten und Talaren ausgestattet. Das hat mich sehr irritiert.

Ganz generell kann man sagen: Mein Elternhaus hat mir erlaubt, mich weitgehend eigenständig und selbstbestimmt zu entwickeln. Im Studium hat sich mein Interesse an sozialen Fragen entzündet und sich dann weiter entwickelt zu intensivem politischen Engagement.

Gehler:

In den 1960er Jahren gab es ja in Hamburg den Brandanschlag auf das Axel-Springer-Haus. In wie weit haben Sie das mitverfolgen können?

Wulf-Mathies:

Wir waren natürlich damals alle gegen Axel Springer und die Bild-Zeitung. Sehr viel prägender war für mich allerdings die Spiegel-Affäre. Klar war

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

für uns, dass der politische Einfluss Springers bekämpft werden musste. Allerdings gehörte ich nicht zu denen, die für Gewalt eintraten. Auch die Trennung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen fand ich problematisch, weil hinter den Sachen auch immer Menschen stecken können. Gewalt in der politischen Auseinandersetzung war deshalb für mich von vornherein tabu.

Gehler:

Hatten Sie Vorbilder oder prägende Lehrer? Sie haben schon gesagt, dass eine Geschichtslehrerin ausschlaggebend für Ihr Studium war. Sie haben in Hamburg und Freiburg im Breisgau Geschichte, Germanistik und Volkswirtschaft studiert. Wer waren für Sie bestimmende Lehrer, die Ihren späteren Lebensweg mit bestimmt haben?

Wulf-Mathies:

Sicherlich war es mein Doktorvater, der Alt-Germanist Ulrich Pretzel, der auch für Fragen außerhalb seines Fachgebietes sehr offen war. Wer mich sehr beeindruckt und sicherlich stark geprägt hat, war Fritz Fischer. Sein Buch „Griff nach der Weltmacht“ war damals ein heißes Thema. Interessant, dass mit dem Erinnerungsjahr 2014 eine neue Diskussion um die Kriegsschuldfrage entbrannt ist. Damals gab es jedenfalls heftige Auseinandersetzungen, besonders in der Historischen Fakultät der Universität Hamburg zwischen Fritz Fischer und Egmont Zechlin. Ich war eindeutig auf der Linie von Fischer. Ich hätte vielleicht sogar in Geschichte promoviert, wenn ich nicht gesehen hätte, wie alt und grau man bei Fritz Fischer wurde, bis man zu seinen eigenen Arbeiten kam. Das hat mich davon abgehalten, in Geschichte zu promovieren, aber ich habe mir ein Thema gesucht, das meine beiden Interessengebiete – Germanistik und Geschichte – verband und jenseits der klassischen Dissertationsthemen lag.

Ich untersuchte die Nekrologe von Historikern auf Historiker in der Zeit von 1850-1950. Die Akademien der Wissenschaften, insbesondere in Berlin, München, Göttingen und Leipzig, brachten es zu jener Zeit zu einer gewissen Meisterschaft in der Pflege des Andenkens an ihre verstorbenen Mitglieder. Interessant war dabei festzustellen, dass der Nekrolog meistens sehr viel mehr über denjenigen aussagte, der den Nekrolog hielt, als über

den Wissenschaftler, dem er galt. Meistens beschrieben sich die Leute selber oder sie beschrieben, wie sie sich gern sehen würden, mit Topoi wie: hohe Stirn, energisches Kinn und durchgeistigter Blick. Bei Heinrich von Treitschke verdichtete sich die Beschreibung schließlich zu der Feststellung, er sei ein „ganzer voller Deutscher“ gewesen.

Die Verbindung von Person und Werk war ein interessanter Forschungsgegenstand, weil die mit Nachrufen bedachten Gelehrten in der Geschichtswissenschaft eine wichtige Rolle gespielt haben. Erstaunlich war, dass das Bild eines deutschen Geschichtsprofessors bis in die Nachkriegszeit hinein mit nationalen, zuweilen nationalistischen Vokabeln beschrieben wurde. Zumindest in der Art, wie man mit seinen verblichenen Vorgängern umging, konnte man kaum politische Brüche feststellen. Der germanistische Teil der Arbeit bestand in der Untersuchung typischer Merkmale von Gebrauchsliteratur, aus der sich so etwas wie eine Typologie des Nekrologs ergab. Ich habe damals ca. 500 Nekrologe bearbeitet, und zwar mit Karteikarten ohne jegliche IT. Damals trug man sein Wissen noch im Karteikasten mit sich herum.

Gehler:

Nach der Promotion sind Sie relativ schnell zur Gewerkschaft und zur Politik gekommen. Wie ist das passiert?

Wulf-Mathies:

Während meines Studiums bin ich in die SPD eingetreten. Das war 1965. Wenn man sich in der SPD aus sozialpolitischem Interesse engagiert, liegt es nahe, sich auch mit Gewerkschaften zu beschäftigen. Es hat aber dann bis 1971 gedauert, bis ich in die ÖTV eingetreten bin. Das hatte sicher auch damit zu tun, dass man sich erst einmal in sein Berufsleben einpassen musste. Ich hatte zwar eine gewisse Nähe zu gewerkschaftlichen Themen, aber offenbar fehlte zunächst einfach jemand, der mir ein Aufnahmeformular in die Hand drückte.

Die Entscheidung, Hamburg zu verlassen, war eine Reaktion darauf, dass mir mein Doktorvater nur eine halbe Stelle anbot, während alle meine männlichen Kollegen mit gleicher Abschlussnote volle Stellen bekamen. Das hat mich damals sehr geärgert. Außerdem war mein Mann – wir haben

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

1968 nach meinem Examen geheiratet – inzwischen in Bonn und promovierte dort am Astronomischen Institut. Ich sah mich in Bonn um und hatte zwei konkrete Angebote: Das eine war eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz und das andere eine Stelle als Hilfsreferentin im Pressereferat des Wirtschaftsministeriums. Das interessierte mich mehr, vielleicht auch, weil es der erste Schritt in Richtung Politik war.

Was ich in dieser Zeit bei Karl Schiller lernte, wurde zu einer Art Zweitstudium in Makroökonomie. Ich war begeistert, wie plastisch er wirtschaftspolitische Zusammenhänge vermitteln konnte. „Die Pferde müssen wieder saufen“ oder „Barfuß durch die Talsohle“ waren Bilder, die sich damals jedem einprägten und Interesse an wirtschaftlichen Zusammenhängen weckten, ja sogar reichlich Stoff für Karikaturen lieferten. Die Notwendigkeit, wirtschaftspolitisches Handeln am gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht auszurichten – eine Leitschnur der Schillerschen Wirtschaftspolitik – ist für mich eine wichtige politische Maxime geblieben. Umso mehr kritisiere ich, dass wir dies jetzt in Europa vernachlässigen und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ebenso wie den hohen Beschäftigungsstand aus dem Blickfeld zu verlieren scheinen.

Die weiteren beruflichen Schritte haben sich dann eher zufällig entwickelt. Ich war neugierig und wusste, dass Flexibilität und Risikobereitschaft nötig waren, um außerhalb meiner Studienfächer beruflich erfolgreich zu sein. Deshalb ergriff ich die Chancen, die sich mir boten. Im Wirtschaftsministerium bin ich übrigens mit dem Bemerken eingestellt worden, ich sei ja weder Ökonomin noch Juristin, meine Einstellung gelte darum auch nur für das Pressereferat. Dem habe ich erst einmal zugestimmt. Nach knapp zwei Jahren wollte ich gern stärker in die inhaltliche Arbeit des Wirtschaftsministeriums einsteigen und bewarb mich relativ kess in der Grundsatzabteilung, für die ja streng genommen meine Einstellungsvoraussetzungen gar nicht galten. Trotzdem hat Staatssekretär Christian Otto Schlecht meine Bewerbung angenommen. Er war zu der Zeit noch Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium.

Der nächste Schritt, weiter ins politische Zentrum, ergab sich durch den Wechsel meines ehemaligen Unterabteilungsleiters, Herbert Ehrenberg, ins Kanzleramt, der mich Anfang 1971 in die wirtschaftspolitische Abteilung des Kanzleramts holte. Dort war ich zunächst zuständig für die wirtschaftspolitischen Redeentwürfe für Willy Brandt und wurde nach kurzer Zeit ins Kanzlerbüro versetzt, wo ich im Redenschreiber-Team die innenpolitischen Themen bearbeitete.

Gehler:

Sie haben Wirtschaftsminister Karl Schiller erwähnt. Was für eine Person war er? Könnten Sie ihn etwas charakterisieren? Was machte ihn aus?

Wulf-Mathies:

Ich habe ihn inhaltlich sehr geschätzt, weil er Wirtschaftspolitik sehr plastisch darstellen konnte. Im Pressereferat gehörte die Redaktion seiner Reden für die Publikationen des Ministeriums zu meinen Aufgaben. Aber ich hatte nur sehr selten mit ihm persönlich zu tun. Näher kennengelernt habe ihn erst sehr viel später, und zwar als ÖTV-Vorsitzende und danach, als er schon aus der Politik ausgeschieden war. Für mich war Schiller eine Kategorie von Minister, die aus dem Normalmaß herausragte. Das gilt umso mehr, wenn man bedenkt, wer seine Nachfolger waren. Zu seiner Zeit galt das Wirtschaftsministerium als ein Ministerium, für das sich Top-Leute interessierten. Man war stolz, dort zu arbeiten und überzeugt, wichtige Beiträge zur Erneuerung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu leisten. Nicht alles, was die mittel- und langfristige Finanzplanung entwickelte, hielt dem Praxistest stand, aber dafür waren wirtschaftspolitische Prognosen ja auch Neuland. Inhaltlich war die Schiller-Zeit aus meiner Sicht eine Blütezeit des Wirtschaftsministeriums. Die FDP-Wirtschaftsminister haben es anschließend ziemlich heruntergewirtschaftet. Einzig Otto Graf Lambsdorff war ein Wirtschaftsminister von hohem intellektuellem Niveau, auch wenn ich seine inhaltlichen Positionen nicht geteilt habe.

Gehler:

Im Bundeskanzleramt wurden Sie mit der Leitung des Referats Sozial- und Gesellschaftspolitik betraut. Erzählen Sie uns von den Anfängen der

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

1970er Jahre und – was noch wichtiger ist – wie haben Sie Willy Brandt erlebt? Was haben Sie für Erinnerungen an ihn?

Wulf-Mathies:

Mit Willy Brandt hatte ich unmittelbar zu tun, als ich in seinem Büro für innenpolitische Reden verantwortlich war. Das ging bis zu den Wahlen 1972. Danach habe ich sechs Monate Auszeit genommen, war in den USA und habe dort Vorträge über die neue deutsche Ostpolitik und über die Mitbestimmung gehalten – beides damals extrem kontroverse Themen für Amerikaner. Ende 1972 habe ich das Referat Sozial- und Gesellschaftspolitik übernommen.

Meine Erinnerungen an Willy Brandt betreffen vor allem meine Zeit als Redenschreiberin. Faszinierend war für mich, dass er ein toller Redakteur war. Mit wenigen Strichen konnte er Rede-Entwürfe in seine eigene Sprache und Denkweise umwandeln. Der berühmte grüne Filzstift ging wie nichts durch die Reden. Das hat mich sehr beeindruckt. Als Redenschreiber hat man es allerdings nicht immer gern, wenn der Redner von vielen Seiten Versatzstücke bekommt, die einem die Gliederung „kaputt machen“. Erst später, als ich selber viele Reden halten musste, habe ich gemerkt, dass man gerade durch solche Versatzstücke ganz verschiedene Adressaten und Gruppen ansprechen kann, die sich auf diese Weise mitgenommen und gewürdigt fühlen.

Willy Brandt war jemand, der im Vorfeld nicht sehr gerne über seine Erwartungen sprach. Man konnte es ihm deshalb auch nie so ganz Recht machen. Er war immer ein Stück entrückt und man kam ihm nie wirklich persönlich nahe. Er war sehr freundlich, aber es bestand immer eine Distanz zwischen ihm und seinen Mitarbeitern. Auch Egon Bahr beschreibt es ähnlich in seinem neuen Buch – wobei Egon Bahr für Brandt eine ganz andere Bedeutung hatte als eine Monika Wulf-Mathies als *greenhorn* im Kanzleramt. Klar, dass es da enorme Unterschiede gab. Willy Brandt war ein Chef, den man bewunderte, der aber schon auf einem Sockel stand.

Mit dem Satz „wir wollen mehr Demokratie wagen“ hat er mir damals aus der Seele gesprochen. Dieser Ausspruch ist für mich auch heute noch eine Kernbotschaft und ein ständiger Auftrag. Auch die Ostpolitik mit der

Monika Wulf-Mathies

Formel „Wandel durch Annäherung“ war für mich und viele meiner Generation ein überzeugendes Konzept. Helmut Schmidt habe ich als Chef sehr geschätzt, weil man immer wusste, woran man bei ihm war. Beim Mitbestimmungsgesetz hatte ich intensiveren Kontakt zu ihm. Viele hatten Angst vor Schmidt, weil er sehr direkt war. Ich fand gut, dass er klar sagte, was er wollte. Er stellte auch gern knifflige Fragen. Aber wenn man sich nicht ins Bockshorn jagen ließ, konnte man sehr gut mit ihm arbeiten. Man bekam Rückmeldungen und konnte entsprechend reagieren. Das machte Schmidt zu einem angenehmen Chef. An den politischen Inhalten, für die er stand, von den Notstandsgesetzen bis zur Stationierung der Mittelstreckenraketen habe ich mich damals jedoch eher gerieben. Willy Brandt ist für mich als Visionär und politischer Ideengeber ein großes Vorbild geblieben.

Gehler:

Welche Erinnerungen haben Sie noch an die Zeit, als Sie 1976 in den geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) berufen wurden und später den Vorsitzenden Heinz Kluncker ablösten?

Wulf-Mathies:

Wenn man meinen Berufsweg betrachtet, ist es eher überraschend, dass ich mich 1976 entschlossen habe, für den ÖTV-Hauptvorstand zu kandidieren. Ich hatte gerade neun Monate vorher die Prüfung für „andere als Laufbahnbewerber“ gemacht, wie es so schön hieß und war als Regierungsdirektorin verbeamtet worden. Damit war eigentlich eine Karriere in der Ministerialbürokratie vorgezeichnet.

Als Leiterin des Referats Sozial- und Gesellschaftspolitik, wozu auch die Kontakte zu den Gewerkschaften gehörten, lernte ich Heinz Kluncker bei einem DGB-Kongress kennen und wir kamen näher ins Gespräch. Er fragte mich, ob ich nicht Lust hätte, in den Vorstand der ÖTV zu wechseln, obgleich ich mich gerade fürchterlich über die gewerkschaftliche Betreuung der Ministerien durch die ÖTV in Bonn beschwert hatte. Seine Frage hatte ich deshalb zuerst auch nur halb ernst genommen und weder ja noch nein gesagt. Ein paar Monate später rief er mich an und sagte, er hätte

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

mit seinen Bezirksvorsitzenden gesprochen und die seien mit meiner Kandidatur einverstanden. Ich war mir zwar nicht ganz sicher, ob ich diesen Schritt wirklich gehen sollte, aber ich wollte Kluncker auch nicht hängen lassen. Meine Hoffnung war, in der Gewerkschaft mehr selbst gestalten zu können und von draußen mehr Möglichkeiten zu haben, Arbeitnehmer-Interessen in die Politik einzubringen, als das aus der Ministerialbürokratie heraus möglich war. Ich hatte zunächst gar keine Vorstellung davon, dass die Absprache von Heinz Kluncker mit den Bezirksvorsitzenden nicht automatisch bedeutete, dass ich auch gewählt würde. Es gab eine Gegenkandidatin aus dem Apparat der ÖTV und ich musste durch sämtliche Bezirke, um mich vorzustellen. Das war absolut kein Selbstläufer. Aber ich wurde gewählt.

Zunächst war ich sicher – auch nach Meinung von Heinz Kluncker – eher die eine Alibifrau, die man sich leisten musste. Bei der Ressortverteilung landete ich ganz schnell bei Frauen und Gesundheitswesen, wobei letzteres ein sehr spannender Bereich war, weil alle Beschäftigten im Gesundheitswesen vom Arzt bis zur Reinigungskraft im Krankenhaus dazu gehörten. Es war die Zeit vieler wichtiger gesundheitspolitischer Debatten. Schnell hatte ich mir einen kleinen Kreis von ehrenamtlichen Kollegen – Ärzte, Krankenschwestern, Psychologen, Therapeuten, technisches Personal – zusammengestellt. Wir haben ein gesundheitspolitisches Programm entwickelt, auf das ich heute noch stolz bin. Was wir da 1978 aufgeschrieben haben, könnte heute noch als Vorbild für Reformen dienen. Es war ein sehr dankbares Thema, weil die ÖTV damit als eine Interessenvertretung aller im Gesundheitswesen Beschäftigten sichtbar wurde, die nicht nur für x Prozent mehr Lohn antritt, sondern die sich auch mit den Strukturen im Gesundheitswesen beschäftigte: mit epidemiologischen Aspekten, mit Fragen vorstationärer Diagnostik nachstationärer Behandlung, mit der Verzahnung des privaten ambulanten Sektors mit dem öffentlichen stationären Bereich, mit der Qualität der Pflege, mit der Psychiatriereform. Hier war unser Ziel, dass die Patienten nicht mehr weggesperrt, sondern gemeindenah versorgt werden. Wir haben viele Vorschläge gemacht, die nicht nur die Strukturen im Gesundheitswesen veränderten, sondern auch große Bedeutung für die Arbeits-

bedingungen der Beschäftigten hatten. Für Krankenschwestern war es vor allem wichtig, von der praktizierten Minutenpflege zur ganzheitlichen Pflege zu kommen und nicht wie am Fließband zu arbeiten, wo einer den Blutdruck misst, der andere Pillen verteilt und keiner Zeit für ein Gespräch mit dem Patienten hat. Mit diesen Themen hatten wir die Möglichkeit, die ÖTV als Organisation zu profilieren, die über das Lohnpolitische hinaus gesellschaftliche Veränderungen anstrebt. Diese Arbeit hat nicht zuletzt dazu beigetragen, dass ich nach dem Rücktritt Heinz Klunckers 1982 zur Vorsitzenden gewählt wurde.

Gehler:

Von 1989 bis 1995 waren Sie Präsidentin der „Internationalen der Öffentlichen Dienste“. Sie wechselten also von der deutschen auf die internationale Ebene. Welche Erfahrungen konnten Sie hier machen und welche Einblicke gewinnen? War das schon der Sprung in Richtung Europa? Und: wann war für Sie Europa ein Thema, nämlich nicht nur Geographie, mehr als ein Kontinent, sondern auch ein politisches Projekt, das mehr als Wirtschaft und ein gemeinsamer Markt gewesen ist?

Wulf-Mathies:

Ich glaube, das ist eine Generationenfrage. Ich habe zwar nicht mehr erlebt, wie Franzosen und Deutsche aufeinander geschossen haben, wie Helmut Kohl das immer wieder beschrieben hat, doch auch ich habe es als Lehre aus der Geschichte begriffen, dass Deutschland nur über die europäische Integration wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen wurde und einen ehrenwerten Platz in einem geeinten Europa finden konnte. Deutschland alleine war trotz Wirtschaftswunder nicht in der Lage, in der Welt eine Rolle zu spielen. Gerade die Frage „Haben unsere Nachbarn Angst vor uns oder werden wir von ihnen als befreundete Nation akzeptiert?“ lässt sich nur in einem größeren Kontext von Kooperationen und gemeinsamer Interessenvertretung positiv beantworten. Willy Brandt hat gesagt „Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein“. Das hat mich in meinen politischen Überzeugungen sehr geprägt. Es bezog sich nicht nur auf das Europa der Europäischen Union, sondern erstreckte sich auch nach Osten und wurde sehr viel später mit der Osterweiterung auch Thema der

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Europäischen Union. Ich habe mich schon sehr früh zunächst als Europäerin und dann erst als Deutsche empfunden.

Die internationale Gewerkschaftsarbeit war für mich vor allem ein Feld, auf dem die deutsche Gewerkschaftsbewegung als relativ starke und finanzkräftige Organisation Entwicklungshilfe in Ländern leisten konnte, in denen Gewerkschaften kaum oder nur sehr schwach vorhanden waren. Es ging auch darum, in der ILO (International Labour Organisation) Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu stärken und verfolgten Gewerkschaftern zu helfen. So habe ich zum Beispiel in Südafrika den Kampf der Gewerkschaften gegen die Apartheid unterstützt. Gemeinsame programmatische Forderungen zu erheben, scheiterte häufig daran, dass die Situation der Gewerkschaften und ihre Arbeitsmöglichkeiten in den jeweiligen Ländern extrem unterschiedlich waren. So stieß zum Beispiel unser Mitbestimmungsmodell bei den Franzosen und bei den Südländern eher auf Unverständnis denn auf Begeisterung. Aber wir konnten als „Internationale der Öffentlichen Dienste“ helfen, die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für Rechtstaatlichkeit, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit zu erläutern. Als internationale Organisation hatte man auch die Möglichkeit, bei Regierungsvertretern für einen funktionsfähigen öffentlichen Sektor und faire Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zu werben, wenn die Gewerkschafter dort nicht als Gesprächspartner akzeptiert wurden. Europäische Gewerkschaftsstrukturen gab es zunächst nicht, sie bildeten sich erst nach und nach aus der „Internationale der Öffentlichen Dienste“ heraus.

Gehler:

Von 1994 bis 1999 waren Sie Mitglied in der Kommission der EU. Wie sind Sie dorthin gekommen und warum in den Bereich Regionalpolitik und Kohäsion?

Wulf-Mathies:

Ich bin vom damaligen DGB-Vorsitzenden, Heinz-Werner Meyer, der wohl darüber mit Helmut Kohl gesprochen hatte, gefragt worden, ob ich mich für die EU-Kommission interessieren würde. Es gab damals die gute

Sitte, einen Vertreter der Regierungsparteien und einen Vertreter der größten Oppositionspartei für die EU-Kommission zu benennen. Kohl hatte ein Interesse daran, auch die Arbeitnehmer bzw. die SPD in die Europa-Politik einzubinden. Und er hat damals der Versuchung widerstanden, neben Martin Bangemann (FDP) einen CDU-Kommissar vorzuschlagen. Brüssel hat mich gereizt, weil 1992 der Streik mit der verlorenen Urabstimmung nicht spurlos an mir vorüber gegangen war und weil ich grundsätzlich der Meinung bin, dass man nicht mehr als zehn Jahre in einer politischen Position sein sollte. Es war auch nicht meine Lebensplanung, bis zum 65. Lebensjahr Vorsitzende der ÖTV zu bleiben. Da die ÖTV sich nach dem Streik 1992 konsolidiert hatte, fühlte ich mich frei, eine neue Herausforderung anzunehmen. Dass ich als überzeugte Europäerin die Chance erhielt, mich aus dem nationalen Kontext zu lösen, gefiel mir besonders.

Warum mich Kohl vorgeschlagen hat, darüber kann ich nur spekulieren. Er sagte mir einmal, ihm hätte daran gelegen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften stärker einzubinden, weil ja in vielen anderen Ländern die Gewerkschaften gegen Europa waren. So gab es in Großbritannien einen langen Kampf im Trades Union Congress (TUC) über das Verhältnis der britischen Gewerkschaften zur EU. Außerdem hatte die SPD einige Kandidaten ins Gespräch gebracht, die Kohl wohl nicht so passten. Mit einer Kandidatin aus den Gewerkschaften hoffte er, eine Auseinandersetzung mit der SPD zu vermeiden. Dennoch war meine Benennung erstaunlich, hatte die ÖTV doch 1992 gegen seine Regierung gestreikt und sich gegen sein Lohndiktat durchgesetzt. Was Europa betrifft, ist Kohl für mich immer noch eine der positiven Gestalten, die wirklich bereit waren, sich voll für die europäische Integration in die Bresche zu werfen und dabei nicht nur das enge deutsche Interesse in den Vordergrund zu stellen.

Gehler:

EU-Kommissionspräsident war zu der Zeit Jacques Santer. Welchen Eindruck machte er auf Sie und welche Erinnerungen haben Sie noch an ihn?

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Wulf-Mathies:

Santer ist aus meiner Sicht ein ausgesprochen anständiger, ehrenwerter und auch politisch sehr erfahrener Kommissionspräsident gewesen, den ich auch als sehr fairen Menschen erlebt habe. Er wurde und wird meines Erachtens noch immer unterschätzt. Das liegt unter anderem daran, dass er keine mitreißenden Reden halten konnte. Auch hatte er es schwer, aus dem Schatten von Delors hervorzutreten. Dabei wird meist vergessen, dass Delors am Anfang seiner Amtszeit auch Schwierigkeiten hatte, sich durchzusetzen. Als er ging war er aber zu einer Art Halbgott aufgestiegen. Santer hatte in doppelter Hinsicht ein schweres Erbe anzutreten. Nicht nur, weil Delors der unumstrittene Mr. Europa war, sondern auch, weil es einige problematische Hinterlassenschaften in der Kommissions-Administration gab. Da sich diese Probleme aber erst im Laufe der Zeit herausstellten, wurden sie später der Santer-Kommission angelastet. Santer war kein Machtmensch und sah sich selbst wohl auch eher in der Rolle des fairen Mittlers.

Gehler:

War er für Sie persönlich denn dann eher ein Vorsitzender, ein Präsident oder ein Vermittler?

Wulf-Mathies:

Er war Vorsitzender der Kommission als *primus inter pares*. Es gab in der Santer-Kommission noch echte Abstimmungen und da konnte es vorkommen, dass er als Präsident für eine bestimmte Position warb, die am Ende keine Mehrheit fand. Ich hätte erwartet, dass er als Präsident auch einmal mit der Faust auf den Tisch schlägt. Aber auch da, wo ihm Diskussionen gegen den Strich gingen, blieb Santer absolut fair. Er war ein angenehmer, ja für mich schon fast väterlicher Kollege, der nie die Macht, die er durchaus hatte, eingesetzt hat. Das hatte positive und negative Seiten und leider ein negatives Ende.

Gehler:

Sie standen ihm also wahrscheinlich näher als Willy Brandt?

Wulf-Mathies:

Die Distanz war sicher nicht so groß. Erstens hatte ich schon einiges in meinem Leben gemacht und folglich ein ganz anderes Selbstbewusstsein als damals als sehr junge Mitarbeiterin Willy Brandts. Zweitens wirkte Santer auch weniger überlegen. Er war jemand, der einen sehr gut beraten konnte und mit dem man sich auch gern beriet.

Gehler:

Welche Rolle spielte eigentlich das Erbe der Kommission Delors und was bedeutete der Slogan „to do less but to do it better“, der am Anfang der neuen Kommission stand? Was war so schwierig an dem Erbe?

Wulf-Mathies:

Es gab bestimmte Verhaltensweisen in der Kommission, die nicht zu Unrecht in den Mitgliedsstaaten kritisiert wurden. So beklagten sich die nationalen Regierungen vor allem darüber, dass die Kommission zu viele Themen an sich reiße und sich zu sehr in nationale Kompetenzen einmische. Deshalb war es unser Bestreben, nur dort europäische Regeln zu erlassen, wo es unbedingt nötig war, zum Beispiel bei grenzüberschreitenden Sachverhalten. Wir wollten das Subsidiaritätsprinzip ernster nehmen und den Mitgliedsstaaten das überlassen, was sie aufgrund ihrer sachlichen Nähe besser regeln können. So haben wir zum Beispiel eine bereits vorliegende Zoo-Richtlinie zurückgezogen.

Außerdem stellten wir fest, dass die Kontrollsysteme mit dem Ausbau der EU-Kompetenzen nicht Schritt gehalten hatten und den Anforderungen einer modernen Verwaltung nicht mehr entsprachen. Wir versuchten, diese Dinge in Ordnung zu bringen. Das war schwieriger als wir uns das zum Teil vorgestellt hatten, weil die Kommissare nicht gleichzeitig Chefs der Verwaltung sind und die Generaldirektionen sehr stark und eigenständig waren – ein Erbe der französischen Verwaltungstradition. Das aber bedeutete, dass es ein Auseinanderklaffen zwischen Verwaltungshandeln und politischer Verantwortung gab. Hinzu kam, dass das, was am Ende der Santer-Kommission zum Verhängnis wurde, unter Delors durchaus nicht unüblich gewesen war, nämlich Verwandte oder Weggefährten mit Jobs in

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

der Kommission zu versorgen. In Frankreich wird diese Praxis – siehe das Beispiel von Jacques Chirac – erst jetzt abgeschafft.

Hinzu kam die Tatsache, dass der Kommissionsapparat auf politische Planung und Konzepte, aber nicht auf die Verwaltung und Kontrolle wachsender Finanzmittel und Projekte ausgerichtet war. Besonders schwer zu kontrollieren waren die sogenannten kleinen Projekte, die der Kommission aber politisch sehr wichtig waren, weil sie Europa für die Menschen konkret erfahrbar machten und *grassroots* Bewegungen überhaupt erst ermöglichten, europäische Fördergelder zu nutzen. Da die Vielzahl dieser Projekte kaum zentral zu managen war, wurden sie – in durchaus vernünftiger Absicht – an externe Berater ausgelagert, die zum Teil früher selbst in der Kommission beschäftigt waren. Sie besorgten die Administration dieser Projekte leider nicht immer nur im europäischen Interesse. Es fehlten wirksame interne Kontrollen, die verhindert hätten, dass es zu Betrügereien kam und dass auch Kommissionsbeamte an der Durchführung solcher Projekte mit verdienen konnten. Es gelang uns, einige Betrugsfälle aufzudecken und Verfahren gegen die Beteiligten einzuleiten, aber das war ein ziemlich mühseliger und langwieriger Prozess.

Gehler:

Nochmal zur Rolle von Jacques Santer: Welche Politik oder welche Politikfelder trugen eigentlich seine eigene Handschrift im Rahmen der Kommission?

Wulf-Mathies:

Ich denke, dass für ihn der *Run-up* zum Euro das wichtigste Thema war. Erstens war er Luxemburger Finanzminister gewesen, hatte also die Vorstufen schon mit geprägt und zweitens waren der Stabilitätspakt und seine Ausgestaltung eine der heikelsten Aufgaben in der Amtszeit der Santer-Kommission. Neben Yves-Thibault de Silguy geschah dies vor allem in Santers Verantwortung und die Einführung der dritten Stufe der Währungsunion war für ihn eine große Genugtuung. Die „Agenda 2000“ war aus meiner Sicht eine weitere beachtliche Leistung der Santer-Kommission und auch ein persönlicher Erfolg Santers nach den Wirren des

Rücktritts. Insgesamt würde ich aber sagen, dass Santer bestrebt war, die Dinge, die anstanden, sorgfältig abzuarbeiten. Die Einführung des Binnenmarktes hat uns intensiv beschäftigt, denn hier gab es noch viel umzusetzen. Aber der Binnenmarkt war als große Idee natürlich mit Delors verbunden. Wichtig war auch die Erarbeitung der Vorbeitrittsstrategie, sowohl im Hinblick auf die Beitritts-Kriterien wie auf die finanziellen Anpassungshilfen.

Klar war, dass die Kommission die Wettbewerbspolitik allein schon aus institutionellem Interesse hoch halten und dafür kämpfen musste, dass sie ureigenstes Entscheidungsfeld der Kommission selbst blieb. Das Thema Beihilfenkontrolle war besonders konflikträftig. Hier hatte sich die Kommission stets gegen Alleingänge der Mitgliedsstaaten, besonders auch der deutschen Bundesländer, zu wehren, um faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu sichern.

Die Handelspolitik war zu unserer Zeit weniger umkämpft, zumal konkrete Entscheidungen mangels Fortschritten in den WTO-Runden nicht anstanden. In den Diskussionen der Kommission haben wir gegen den Widerstand des britischen Kommissars, Sir Leon Brittan, durchgesetzt, dass soziale- und Umweltfragen in die Verhandlungsmandate aufgenommen wurden – ein Erfolg insbesondere der sozialistischen Kommissare.

Aber insgesamt kann man nicht behaupten, dass die Tatsache, dass die Mehrheit der Kommissare sozialistischen Parteien angehörten und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten sozialdemokratisch/sozialistisch regiert wurden, besonders großen Einfluss auf die reale Politik der Kommission gehabt hätte. Das lag einerseits an den geringen EU-Kompetenzen zum Beispiel im sozialpolitischen Bereich und zweitens am Zeitgeist der Deregulierung, der auch die sozialistischen Regierungen erfasst hatte und dessen Hauptrepräsentant Tony Blair war. Gerhard Schröder folgte mit der „Agenda 2010“ und auch in den südeuropäischen Ländern und in Skandinavien befanden sich große sozialpolitische Initiativen eher auf dem Rückzug.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Viel haben wir erreicht bei der Frauenförderung. Erstmals gab es fünf Frauen in der Kommission. Fast alle Kommissare haben ein Signal gesetzt, indem sie ihr Kabinett zur Hälfte mit Frauen besetzten. Mit Hilfe des Arbeitsrechts konnte die Kommission die Gleichstellungs-Agenda ein beachtliches Stück vorantreiben; und auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sich mit seinen Urteilen zum Beispiel gegen Deutschland als sehr emanzipationsfreundlich erwiesen.

Gehler:

Wie würden Sie selbst Ihre Rolle in der Kommission beschreiben? Hatten Sie ein eigenes spezielles Projekt, das Sie vorantreiben wollten oder konnten?

Wulf-Mathies:

Alle hatten erwartet, ich würde mich um das Ressort Sozialpolitik bemühen, weil ich Gewerkschaftsvorsitzende gewesen war. Gerade das aber wollte ich nicht, denn meiner Meinung nach sollte man nie versuchen, das mit anderen Mitteln fortzusetzen, was man bisher gemacht hat. Außerdem hätte ich angesichts der geringen vertraglichen Kompetenzen der Europäischen Union in der Sozialpolitik die in mich gesetzten Erwartungen nur enttäuschen können.

Meine Entscheidung für die Regionalpolitik entsprang einer doppelten Motivation. Erstens war ich einmal in der Grundsatzabteilung des Wirtschaftsministeriums für Regionalpolitik zuständig gewesen und zweitens reizte mich die Strukturpolitik, weil sie verschiedene Politiken miteinander verbindet. Einmal ist sie natürlich Wirtschaftspolitik, denn Kern der Regionalpolitik ist es ja, die wirtschaftsschwachen Regionen insgesamt an den Durchschnitt des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aller Mitgliedsstaaten heranzuführen, das heißt ihre Wirtschaftskraft zu stärken. Aber es ging auch darum, die Solidarität der Starken mit den Schwachen durch konkrete Hilfen zu untermauern und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu fördern. Interessant waren auch methodische Fragen, wie man zum Beispiel wirtschaftspolitische Programme entwickeln kann und wen man an einen Tisch holen muss, um das regionale Entwicklungspotential zu entfalten.

Außerdem konnte man viele andere Politikbereiche unterstützen: Umweltschutz, Kulturpolitik, Frauenförderung. So gelang es zum Beispiel bei der Förderung von Großprojekten, Umweltauflagen durchzusetzen. Außerdem haben wir Frauenprojekte unterstützt. Sehr erfolgreich war das zum Beispiel in Regionen mit großen Industriebrachen wie in Schottland und Wales, wo der Strukturwandel nicht gelungen war und die Männer oft über mehrere Generationen arbeitslos und demotiviert waren. Hier waren es die Frauen, die mit Energie daran gingen, für ihre Kinder eine menschenwürdige Umwelt zu schaffen. Zunächst hielten es meine Mitarbeiter aus der Generaldirektion für eine Marotte, dass ich bei meinen Besuchen immer darauf bestand, Frauenprojekte anzuschauen. Nach einer Weile haben Sie aber eingesehen, warum die Frauenprojekte interessant waren. Die Frauen sagten nämlich genau, wo sie der Schuh drückte, was schwierig umzusetzen war, warum sie Schwierigkeiten mit der Administration hatten, was man verbessern könnte und was bei künftigen Programmen berücksichtigt werden sollte. Während in Männerrunden vor allem politische Statements ausgetauscht wurden, hatten die Frauen ihr konkretes Projekt im Blick. Das hat uns sehr geholfen, unsere Förderpolitik praxistauglicher zu machen.

Ein weiteres Thema für die Entwicklung strukturschwacher, aber kulturell reicher Regionen, war die Nutzung des kulturellen Erbes als Standortfaktor, um Investoren und Arbeitnehmer zu gewinnen. Kommunalpolitiker unterschätzen häufig die Bedeutung sogenannter weicher Standortfaktoren aus Sorge vor den Folgekosten von Kultureinrichtungen für die öffentlichen Haushalte und übersehen dabei die breite Palette kultureller Aktivitäten, für die es kaufkräftige Nachfrage gibt. Hier konnten wir auch durch die Veranstaltung von Workshops zum Thema Kulturinvestitionen neue Impulse setzen. Neu war auch die Förderung von Investitionen in die Informationsinfrastruktur durch die Strukturfonds, um zu verhindern, dass die strukturschwachen Regionen bei der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien abgehängt werden.

Eines meiner wichtigsten politischen Projekte war das Nordirland-Programm. Die Europäische Union hat ja schon vor der Santer-Kommission und dann hauptsächlich in meiner Zeit ein Programm für

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

„Peace and Reconciliation in Northern Ireland“ entwickelt. „Peace and Reconciliation“ war für mich der Inbegriff dessen, wofür Europa steht: in vollem Respekt für die religiöse, politische und kulturelle Identität das friedliche Zusammenleben durch gemeinsame Projekte zu fördern. Das bedeutete auch, verfeindete Gruppen zur Kooperation zu bewegen, indem man ihnen wirtschaftliche Spielräume eröffnete, gewaltbereiten Jugendlichen sinnvolle Alternativen anbot und ihnen half, Arbeitslosigkeit und Armut zu überwinden. Durch viele kleine Projekte konnten wir den Wunsch der Bevölkerung nach Frieden, der ja durch das *Good Friday Agreement* dokumentiert wurde, praktisch untermauern. Die Zusammenarbeit unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen, Protestanten und Katholiken, Loyalisten und Nationalisten im Rahmen eines europäischen Programms war eine neue Erfahrung und trug dazu bei, Extremisten auf beiden Seiten den Boden zu entziehen. Am Ende gelang es sogar, auch sie einzubinden.

Ich bin immer noch ganz stolz darauf, dass das Peace Programm das erste Projekt war, für das sowohl die Loyalisten als auch die Katholiken, Ian Paisley und die Vertreter von Sinn Fein, bereit waren, ein gemeinsames „Monitoring Committee“ zu akzeptieren. Hier saßen alle an einem Tisch, wenn es darum ging, EU-Förderprojekte zu bewerten, während sie sonst gemeinsame Auftritte strikt ablehnten. In einem denkwürdigen Gespräch war es mir gelungen, Ian Paisley dieses Zugeständnis abzurufen. Das ist nie öffentlich geworden. Aber 2008 erhielt ich eine gemeinsam unterzeichnete Einladung des First Ministers Ian Paisley und des Deputy Ministers, Martin Mc Guinness zu einer „Recognition Ceremony“, zum Dank, dass die EU-Kommission Nordirland diesen Weg ermöglicht hat. John Hume hat für seinen Beitrag zum Friedenprozess gemeinsam mit David Trimble den Friedensnobelpreis bekommen. Er stand als Sozialist zwischen den politischen Feuern mit ihren paramilitärischen Verbänden. Er verkörperte das europäische Ideal, indem er unverrückbar daran glaubte, dass es möglich ist, Frieden zu schaffen und zu sichern, indem man unterschiedliche Traditionen und Kulturen respektiert und zum gegenseitigen Nutzen zusammenarbeitet.

Das Nordirland-Programm förderte noch eine weitere Besonderheit zutage. Während das Verhältnis der britischen Regierung zur EU-Kommission insgesamt äußerst gespannt war, erfuhren wir beim Thema Nordirland große Wertschätzung. Das lag auch daran, dass die Kommission in diesem Konflikt nicht Partei war und deshalb von beiden Seiten als ehrlicher Makler akzeptiert wurde. So konnten wir als Kommission vermitteln und mit Hilfe des Peace Programms Anreize für die Zusammenarbeit über die politischen Lager hinweg geben, die von der britischen Regierung niemals angenommen worden wären. Nordirland hat meine gesamte Amtszeit geprägt und war für mich eine der positivsten Erfahrungen, weil sich hier der beste Beweis für die Notwendigkeit der europäischen Integration zeigte. Ich war deshalb auch in Nordirland häufiger als in jedem anderen Land.

Gehler:

Wer waren Ihrer Meinung nach die stärksten Kommissare in der Kommission Santer und wie sahen diese den Kommissionspräsidenten?

Wulf-Mathies:

Stark war unser Wettbewerbs-Kommissar Karel van Miert, auch Agrar-Kommissar Franz Fischler. Karel van Miert war sehr erfahren. Außerdem hatten die Belgier immer einen guten Überblick über das Gesamttabelleau. Er war außerdem schon in der zweiten oder dritten Periode in der Kommission. Leon Brittan war auch eine starke Persönlichkeit, Neil Kinnock war eine sehr farbige Figur mit großen Meriten in der britischen Politik. In der Kommission habe ich seine Position nicht immer geteilt. Probleme hatten wir vor allem während der BSE-Krise, wo die Wagenburg-Mentalität der britischen Regierung auf die britischen Kommissare durchzuschlagen drohte.

Gehler:

Hans van den Broek?

Wulf-Mathies:

Wir hatten nur wenige Berührungspunkte, weil er sich hauptsächlich auf außenpolitische Fragen konzentrierte.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Martin Bangemann, ihr deutscher Kollege?

Wulf-Mathies:

Er war sehr intelligent und sprach ein fantastisches Französisch, aber in der Zusammenarbeit war er eher unzuverlässig und nur hilfreich, wenn ihn etwas persönlich interessierte. Das waren aber nur wenige Themen. Er war sehr witzig und schlagfertig. Für einen guten Spruch war er immer zu haben. Aber ihm ging selbst in Deutschland der Ruf voraus: „Es gilt weder das geschriebene noch das gesprochene Wort“. Man konnte sich mit ihm verabreden, um eine bestimmte Position in der Kommission zu vertreten. Er argumentierte dann zunächst auch so, aber im Laufe der Diskussion ließ er sich treiben und landete am Ende beim Gegenteil. Als die Kommission zurücktrat, musste sie geschäftsführend im Amt bleiben, bis eine neue gewählt war. Das war Bangemann zu langweilig und so beschloss er im Sommer, die Kommission zu verlassen, um seinen neuen Job bei der Telefonica anzutreten. Das habe ich ihm damals sehr übel genommen, weil er damit das Vorurteil bestätigte, dass sich die Kommissionsmitglieder nur um ihre eigenen Interessen und ihr eigenes Wohlergehen kümmern. Außerdem fand ich es extrem unsolidarisch, uns mit dem Rest der Kommissionsarbeit allein zu lassen. Habe ich noch jemanden vergessen, der erwähnt werden müsste?

Gehler:

Mario Monti müsste erwähnt werden.

Wulf-Mathies:

Ja, Mario Monti und natürlich auch Emma Bonino sollte man beide erwähnen. Mario Monti war für den Binnenmarkt zuständig. Er war ausgesprochen klug und sachkundig und mit seiner ökonomischen Expertise ein Gewinn für die Kommission. Aber Professoren haben oft in der Politik Probleme, weil ihnen politische Aushandlungsprozesse zuwider sind und sie gern auf ihrer Position beharren, auch wenn sie politisch nicht durchsetzbar ist. Es war deshalb sehr schwer, ihn zum Nachgeben zu bewegen, wenn er sich einmal eine Meinung gebildet hatte. Beim Kesseltreiben um das Verbot von „Duty Free“ im europäischen

Binnenmarkt habe ich seine Standfestigkeit allerdings bewundert. Und es hat immer Spaß gemacht, mit ihm zu diskutieren.

Emma Bonino, die in der neuen italienischen Regierung Letta Außenministerin geworden ist, hatte eine bewegte politische Vergangenheit. Sie war in der Kommission zuständig für humanitäre Aufgaben und Fischereipolitik. Sie hatte vor allem in zwei Auseinandersetzungen Recht: Beim Streit um höhere Fangquoten bestand sie darauf, dass es keinen Sinn mache, ständig größere Mengen für die eigene Fischereiflotte zu fordern, wenn das Meer leergefischt sei. Noch mehr hatte sie im Falle von Srebrenica Recht. Sie stellte immer wieder die Frage, wo die 8000 Männer geblieben seien, deren Abschachtung die Blauhelme nicht hatten verhindern können. Sie hat sich nicht davon abbringen lassen, immer wieder nach ihrem Verbleib zu forschen, auch als die offizielle Politik längst zur Tagesordnung übergegangen war. Heute wissen wir, dass sie Recht hatte, denn erst sehr viel später wurde das Massaker aufgedeckt.

Gehler:

Srebrenica ist ein sehr belastendes und trauriges Thema. Ich würde gerne noch einmal zurückkommen auf das Verhältnis der EU-Kommissare untereinander. Stichworte wären Parteizugehörigkeiten, nationale Anliegen und Abhängigkeiten. Wie gestaltete sich das, ohne jetzt schon auf die Art der Korruptionsvorwürfe zu kommen?

Wulf-Mathies:

Letztendlich schlug in vielen Diskussionen die nationale Herkunft und die politische Kultur, in der die Kommissare zu Hause waren, durch. Ich hatte zum Beispiel ein sehr gutes Verhältnis zu Franz Fischler, weil wir ein ähnliches Politikverständnis hatten, obgleich er ein Konservativer ist und ich Sozialdemokratin bin. Die Skandinavierinnen verhielten sich meist sehr zurückhaltend und wichen konfrontativen Diskussionen eher aus. Neil Kinnock war eine sehr farbige Persönlichkeit, wir hatten viele Gemeinsamkeiten, waren aber in unserem Politikstil sehr unterschiedlich. Mit Hans van den Broek hatte ich wenig Berührungspunkte. Er äußerte sich

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

fast ausschließlich zur Außenpolitik. Mit Sir Leon Brittan konnte man sehr gut streiten, er war eine interessante und offene Persönlichkeit.

Überhaupt kann man sagen, dass die Trennlinien nicht entlang der Parteizugehörigkeit – Sozialisten oder Konservative – verliefen. Je nach Thema und nationalem Verständnis ging es immer ziemlich durcheinander. Insgesamt herrschte eine kollegiale und freundliche Atmosphäre. Die Woche über konzentrierte sich aber jeder auf seine Dossiers. Es gab relativ wenig persönliche Kontakte. Am ehesten hatte ich noch persönliche Kontakte zu Mario Monti, Emma Bonino und Franz Fischler.

Gehler:

Wie standen die Kommissare zum Kommissionspräsidenten? War man ihm gegenüber loyal? Wie war die Wertschätzung des Präsidenten unter den Kommissaren?

Wulf-Mathies:

Im Großen und Ganzen war man sicher loyal, wenn auch kritisch, weil die Darstellung der Kommissionsarbeit vor dem Europäischen Parlament nicht immer optimal war. Ich denke aber, dass die meisten Kommissare Santer politische Erfahrung und seinen Stil insgesamt geschätzt haben.

Gehler:

Wie haben Sie den Rat der EU wahrgenommen und wie gestaltete sich das Verhältnis der Kommission zum Rat?

Wulf-Mathies:

Der Rat hat in der Zeit, die ich überblicken kann, immer das Interesse gehabt, möglichst intergouvernementale Vereinbarungen zu treffen und die Kommission herauszuhalten. Die „Vergipfelung“ der Entscheidungsfindung war zwar noch nicht so stark fortgeschritten wie heute, aber insgesamt waren die Regierungschefs gegenüber der Santer-Kommission nicht sehr integrationsfreundlich, sie haben sie ja auch nicht wirklich unterstützt, als sie in der Auseinandersetzung mit dem EU-Parlament unter Druck stand. Am erfolgreichsten war die Kommission dann, wenn sie in den Ministerräten die intellektuelle Führungsrolle beanspruchen konnte und wollte, das heißt, sich nicht damit zufriedengab, dass die jeweilige

Präsidentschaft die Detailverhandlungen übernahm. Wenn man auf die Zukunft der Kommission schaut, kommt auf die Auswahl der Kommissare eine noch größere Bedeutung zu, denn die Einflussmöglichkeiten der Kommission sind durch die Erosion der Gemeinschaftsinstitutionen immer mehr reduziert worden – zum Schaden der Mitgestaltungsmöglichkeiten kleinerer Staaten und der demokratischen Legitimation der Entscheidungen. Hier Terrain zurückzugewinnen, muss nach meinem Erachten eine der wichtigsten Aufgaben der künftigen Kommission sein.

Gehler:

Lassen wir vorerst die Eskalationsphase 1999 noch außen vor: Wie haben Sie in Ihrer Zeit als Kommissarin das Europäische Parlament erlebt? Wie gestaltete sich das Verhältnis von Kommission zum Parlament?

Wulf-Mathies:

Das Europäische Parlament hat von Regierungskonferenz zu Regierungskonferenz an Einflussmöglichkeiten gewonnen. Die designierten Kommissare der Santer-Kommission waren die ersten, die sich vor Amtsantritt parlamentarischen Hearings stellen mussten und vom Parlament sehr kritisch begleitet wurden. Qualifikation und Engagement der Abgeordneten waren sehr unterschiedlich. Es gab in allen Fraktionen hervorragende Leute, die ihre Themen beherrschten, intelligente Fragen stellten und gute Ideen hatten, auf die zu hören sich lohnte. In der Wirtschaftspolitik und im Haushalt gab es ausgesprochene Fachleute, ebenso in Entwicklungsfragen, im Umweltschutz und in der Agrarpolitik. Das Vorurteil, das manche Kommissionsbeamte dem EP gegenüber hatten, war meines Erachtens unberechtigt.

Selbstverständlich hatten die Kommissions-Dienste in den Fach-Diskussionen einen Informationsvorsprung. Deshalb war es aus meiner Sicht auch nicht zu viel verlangt, Dinge allgemeinverständlich zu erklären, um Unterstützung zu gewinnen und nicht sein Expertenwissen zur Schau zu stellen. Ich habe mich immer darum bemüht, den Regionalausschuss frühzeitig in meine Vorschläge einzubeziehen, Kritik aufzunehmen und ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Das hat sich für die Entscheidungen zu den Strukturfonds auch sehr bewährt. Während aus vielen Mitgliedsstaaten

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ehemalige Minister und politische Schwergewichte im EU-Parlament vertreten sind, werden in Deutschland noch immer unterschiedliche Maßstäbe für die Kandidaturen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament angelegt. In Italien gab es zum Beispiel den Wechsel vom EP oder aus der Kommission in die nationale Politik (im Fall Monti sogar als Ministerpräsident). Michel Barnier zum Beispiel war im Europäischen Parlament, wurde EU-Kommissar, wurde Landwirtschafts- und Außenminister in Frankreich und wechselte anschließend wieder ins Parlament und zurück in die Kommission. Solche Wege gibt es in Deutschland leider überhaupt nicht. EU-Funktionen gelten eher als Sackgasse, denn als Karrieresprung, ein großer Fehler, denn das Europäische Parlament wird immer wichtiger und fähigen Politikern wird damit der Rückweg in die nationale Politik oder umgekehrt verbaut.

Gehler:

1998 erfolgt der Wechsel von Kohl zu Schröder. Hat dieser Wechsel irgendwelche Auswirkungen auf die Kommission gehabt oder für Sie als Sozialdemokratin? Inhaltlich und auch vom Kontakt zu Deutschland, natürlich auch zu Großbritannien, wo Blair die Konservativen abgelöst hat. Gibt es hier auch einen Schwenk im Verhalten in der Kommission oder im Rat?

Wulf-Mathies:

Für mich hat sich eigentlich nichts geändert. Ich habe auch sehr vertrauensvoll mit Helmut Kohl zusammengearbeitet. Inhaltlich gab es bei Schröder erkennbar eine Bereitschaft, Tony Blair an der einen oder anderen Stelle entgegen zu kommen. Die Briten beharrten ja immer auf ihren Sonderwünschen, so zum Beispiel bei der Agenda 2000-Verhandlung, wo sie zusätzliches Geld für Wales oder Schottland haben wollten und dafür bei Gerhard Schröder ein geneigtes Ohr fanden.

Gerhard Schröder war als Bundeskanzler ein durchaus angenehmer Gesprächspartner. Beeindruckend war seine steile Lernkurve in Sachen Europa: vom niedersächsischen Ministerpräsidenten, der alle Vorurteile, die Länderchefs gegenüber den Bürokraten aus Brüssel hatten, teilte, zum verantwortungsbewussten Europäer. Deutsche Ministerpräsidenten hatten

ein besonders kritisches Verhältnis zur europäischen Kommission. Sie gerieten immer wieder mit dem Wettbewerbskommissar aneinander, wenn sie versuchten, Betriebe mit unerlaubten Subventionen am Leben zu erhalten nach dem Motto: „Ich muss doch entscheiden können, ob VW Subventionen erhält oder ob ich ein Unternehmen rette oder nicht“. Diese Position entsprach auch dem Handeln Gerhard Schröders in Niedersachsen. Auch hat man ihm vorgehalten, dass er die Einführung des EURO als „Frühgeburt“ bezeichnete.

Allerdings hat er sehr schnell Interesse für Europa entwickelt und Geschmack an der Sache gefunden. Er hat ein positives Verhältnis zu Chirac entwickelt, was ihn beim Irak-Krieg vor der Isolation bewahrte, während sich Blair auf die angeblich vorhandenen *weapons of mass destruction* berief. Auch hat er sehr schnell verstanden, wie wichtig die europäische Integration sowohl außenpolitisch wie auch wirtschaftspolitisch für Deutschland ist. Im Übrigen taten auch die regelmäßigen Begegnungen der Staats- und Regierungschefs ihre Wirkung. Wenn man hier etwas bewirken wollte, brauchte man auch einen europäischen Kompass. Dabei hat er mehr Wert darauf gelegt, dass die Deutschen weiterhin als Volk guter Nachbarn angesehen werden, als das jetzt seine Nachfolgerin tut. Für ihn war Europa zwar kein Glaubensbekenntnis, aber er hat doch das Dekorament gewahrt und sich als Ratspräsident 1999, als er kaum im Amt war, als guter Mittler verstanden, und ebenso wie in der Vergangenheit durch finanzielle Zugeständnisse eine Einigung über die kommende europäische Haushaltsperiode ermöglicht. Ich finde, er hat sich enorm schnell auf Europa zubewegt und insgesamt eine wesentlich bessere Rolle gespielt als ab und zu behauptet wird. Dass auch er eher Intergouvernementalist als Integrationist war, ist sicher richtig. Aber er war durchaus jemand, dem das Europageschäft wichtig war und der auch auf eine Verständigung mit den kleinen Mitgliedsstaaten Wert legte.

Gehler:

Welche Rolle spielte der Kosovo-Konflikt 1998/99 während Ihrer Zeit in der Kommission? Wurde er zum Thema gemacht?

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Wulf-Mathies:

Ja, aber eben mehr am Rande, denn die Kommission war ja nicht zuständig für die Außenpolitik und hat auch darunter gelitten, dass die alten Schlachtformationen wieder auflebten: Genscher mit seiner Unterstützung für Kroatien und die Franzosen als Sachwalter der Serben.

Gehler:

Klaus Kinkel war damals Außenminister.

Wulf-Mathies:

Ja, das stimmt, aber da waren die Grundentscheidungen schon gefallen. Wir hatten jedenfalls wenig inhaltlich zu bestellen und konzentrierten uns auf humanitäre Hilfen. Die vielbeschworene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gab es nicht, auch wenn davon immer die Rede war.

Gehler:

Wir hatten es schon angeschnitten. Es geht um das Ende der Kommission Santer. Es gab ja angeblich Korruptionsfälle. In wie weit hatten Sie schon Signale wahrgenommen bzw. über Insider-Wissen verfügt? Wurde diese Gefahr möglicherweise unterschätzt?

Wulf-Mathies:

Die Gefahr wurde von der Kommission vollkommen unterschätzt. Aber lassen Sie mich richtig stellen: Es gab im eigentlichen Sinne keine Korruptionsfälle. Auch die vom EU-Parlament eingesetzte Untersuchungskommission hat keine echte Korruption nachgewiesen. Es gab an manchen Stellen Ungereimtheiten in den Verwaltungsverfahren, die ja zum Teil schon von der Kommission aufgegriffen worden waren, aber noch zu keinem Ergebnis geführt hatten. Ich habe ja unter dem Stichwort „Erbe Delors“ schon darauf hingewiesen, dass es in der Administration Probleme gab, die von der Kommission angegangen wurden, die aber aus unterschiedlichen Gründen noch nicht gelöst waren, auch wenn einige Kommissionsbeamte entlassen worden waren.

Die Auseinandersetzung mit dem Parlament begann ja auch nicht mit dem Thema Korruption, sondern mit Vorwürfen (die heute übrigens auch

wieder erhoben werden), dass Subventionen, zum Beispiel im Agrarbereich, nicht korrekt für förderfähige Sachverhalte gewährt wurden. Zuständig sind dafür in der Regel die Mitgliedsstaaten. Es gibt Förderkriterien und Richtlinien, die von der Kommission erlassen werden, für die Durchführung sind aber die Mitgliedsstaaten verantwortlich. Dabei gibt es immer wieder Beanstandungen durch den europäischen Rechnungshof, die vom Europäischen Parlament in erster Linie der Kommission angelastet werden. Weiter kam es vor, dass zum Beispiel bei der humanitären Hilfe erwartet wurde, dass der Verbleib jedes einzelnen Euros nachzuweisen sei. Wenn man aber humanitäre Hilfe in Bürgerkriegsgebiete schickt, bekommt man nicht überall eine Quittung, die europäischen Standards genügt. Man kann nur hoffen, dass die Hilfen dort ankommen, wo sie ankommen sollen und Partnerorganisationen so sorgfältig wie möglich aussuchen. Trotzdem gelingt dies nicht immer. Dazu fehlen der Kommission auch die personellen Ressourcen.

Gehler:

Was hätte man konkret besser machen können, um mehr Glaubwürdigkeit zu behalten bzw. wieder zu gewinnen?

Wulf-Mathies:

Man hätte meines Erachtens das Verfahren zur Entlastung der Kommission anders angehen müssen. Zweifellos hat es Unregelmäßigkeiten, Fehlverhalten und Betrügereien in der Administration gegeben. Überall, wo viel Geld bewegt wird, muss man mit Versuchen rechnen, Mittel in die eigene Tasche abzuzweigen. Dies hätte man auch unumwunden zugeben und bei der Bekämpfung der strukturellen Probleme intensiver mit dem Rechnungshof und dem Parlament zusammenarbeiten müssen. Nach meiner Wahrnehmung haben die Kommissionsdienste, die für die Begleitung des Rechnungsprüfungsausschusses zuständig waren, diese Offenheit nicht gezeigt.

Sehr schnell begannen einige Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses – bestärkt durch bestimmte Medien – damit, die Vorgänge zu skandalisieren und haben damit erheblich zur Verschärfung der Auseinandersetzung beigetragen. Zunächst war Anita Gradin für die Arbeit

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

zuständig. Sie war aber nicht immer bei den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses anwesend. Als sich die Situation zuspitzte, beauftragte Santer Erkki Liikanen, die Vertretung der Kommission im Ausschuss zu übernehmen, um das Klima gegenüber dem Parlament zu verbessern. Aber das hat die Stimmung auch nicht verändert.

Wir sind aus meiner Sicht nicht offensiv genug und auch nicht bereit gewesen, das Parlament vorbehaltlos zu informieren. Vieles, was vom Parlament aufgespießt wurde, war auch überzogen und hat zur Verhärtung der Standpunkte geführt. Aber es gab etliches, was nicht in Ordnung war und darüber hätte man reden müssen, so zum Beispiel über eine wirksamere Kontrolle bestimmter Dienststellen. Erschwerend kam hinzu, dass das Parlament die Chance sah, sich möglicherweise über eine Nichtentlastung der Kommission, für die kommenden Europawahlen als Aufklärer zu profilieren. Aus all diesen Gründen wurde es immer schwerer, die Probleme in einer sachlichen Atmosphäre zu klären.

Schließlich gab es die so genannte Untersuchungskommission, die vom Parlament installiert wurde und sich viele Unterlagen nur sehr cursorisch angesehen hat, aber zu dem vernichtenden Gesamturteil kam, niemand in der Kommission zeige auch nur einen Funken Verantwortungsbewusstsein. An der Objektivität der „Gruppe der Weisen“ kann man berechtigte Zweifel hegen. Auch hatte man den Eindruck, dass der Vorsitzende, ein Franzose, bestrebt war, neben Edith Cresson möglichst viele Kommissare zu belasten, damit sie nicht ganz alleine dastand. Die Geschichte mit dem Zahnarzt war zwar aus meiner Sicht nicht in Ordnung, aber ich bin ziemlich sicher, dass ein solches Fehlverhalten weder in Deutschland noch anderswo zum Rücktritt geführt hätte. Dieser Vorgang gab dem Ganzen nun aber ein Gesicht. Hinzu kam, dass Edith Cresson gegenüber dem Parlament eher aggressiv auftrat. Das hat die Stimmung zusätzlich aufgeheizt. So auch bei der letzten Sitzung vor dem Rücktritt, in der die Kommission noch einmal erklärte, was sie getan hatte, um Missstände, die das Parlament zu Recht kritisierte, zu beseitigen. In diesem Zusammenhang wurde Edith Cresson direkt befragt. Es war üblich, dass man bei der Beantwortung von Fragen im Parlament aufstand. Cresson stand nicht auf. Das allein war natürlich kein Grund für ein Misstrauensvotum, aber an

einem Punkt wo nichts mehr geht, sind auch Kleinigkeiten wichtig. Schließlich lief alles auf den einen Kulminationspunkt, die Nicht-Entlastung durch das Parlament, zu. Da Santer nicht bereit war, den Franzosen massiv nahe zu legen, Edith Cresson zurückzuziehen, und damit auszudrücken „wir haben verstanden“, blieb schließlich nichts Anderes übrig als zu sagen „Wir sind ein Kollektivorgan – wir treten alle zurück“. So ist es dann auch geschehen.

Aber ich glaube, dass die Wurzeln des Übels tiefer lagen. Viele hatten das Fingerhakeln zwischen Rechnungsprüfungsausschuss und Dienststellen der Kommission zunächst gar nicht so ernst genommen, weil es so aussah, als bekomme man das Ganze schon in den Griff. Kaum jemand glaubte, dass das Parlament, das ja auch früher schon mit Nichtentlastung der Kommission gedroht hatte, es zum Äußersten kommen lassen werde. Am Ende fand man einfach nicht mehr den Weg, das Ganze zu drehen. Das Parlament hatte Blut geleckert und wollte es der Kommission zeigen.

Die Tragik des Ganzen war, dass das Parlament in den Europawahlen damit gar nicht punkten konnte, weil die meisten Wähler nicht zwischen EU-Kommission und europäischem Parlament unterschieden und alle, die aus Brüssel kamen, für korrupt hielten. So hat das ganze Verfahren am Ende auch dem Parlament geschadet und die Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen insgesamt beschädigt. Dieser Eindruck wurde verschärft durch die Medien in einigen Mitgliedsstaaten, die sich mit Enthüllungsgeschichten überboten und die Kommission insgesamt als eine Gruppe von Kriminellen darstellten. Ich erinnere mich an einen Bericht von Marion van Haaren in der ARD, die sich in einem Kommentar dazu verstieg, ohne jede Sachkenntnis von der Kommission als einer kriminellen Vereinigung zu sprechen.

Gehler:

Nur eine kleine Fußnote: hier steht tatsächlich zur Ehre des Fragenkatalogs „mögliche Korruptionerscheinungen“.

Wulf-Mathies:

Ja, einverstanden. Aber nochmals: Tatsächlich wurde kein einziger Fall von Korruption nachgewiesen. Selbst das Verfahren, mit dem Neil Kinnock

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

anstrebte, Edith Cresson ihre Versorgung aus der Zeit als Kommissarin abzuerkennen, hat die Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verloren. Das war allerdings sehr viel später, als die Santer-Kommission bereits Geschichte war. Dennoch blieb der Vorwurf der Korruption haften, denn diese EuGH-Entscheidung fand kaum mehr Beachtung.

Gehler:

Wie würden Sie rückwirkend das Krisenmanagement bzw. das Krisenmanagement der Kommission im Kontext Ihrer Kritik beurteilen?

Wulf-Mathies:

Es war absolut unzureichend. Die Kommission erwies sich als unfähig, mit dieser Herausforderung fertig zu werden. Die Kommission ist viel zu spät wach geworden. Spätestens als die Verhandlungen mit dem Parlament zu scheitern drohten, hätte der Kommissionspräsident das Thema zur Chefsache machen müssen. Damit hätte er zeigen können, dass zwar nicht alles glücklich gelaufen war, man aber bereit sei, die notwendigen Strukturreformen gemeinsam mit dem Parlament anzugehen. Denn schließlich war der Aufbau der Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF (Office Européen de Lutte Anti-Fraude) eine Reaktion auf die Schwierigkeiten, die gemeinsam von Kommission und Parlament vorangetrieben wurde. Ich glaube auch, dass man das Kapitel Edith Cresson hätte konsequenter angehen müssen, bevor dadurch die Glaubwürdigkeit der gesamten Kommission in Frage gestellt wurde. Als Reaktion auf die Probleme der Santer-Kommission darf jetzt der Präsident der Kommission einen Kommissar zum Rücktritt zwingen. Damals galt dies nicht und Santer hat auch immer betont, diese Kompetenz nicht zu haben. Formal hatte er Recht. Faktisch hätte er es meines Erachtens mehr tun können, zumal es dafür in der Kommission wahrscheinlich sogar eine Mehrheit gegeben hätte. Santer hat sich aber an den Buchstaben des Vertrags gehalten und sich nicht dazu in der Lage gesehen.

Gehler:

Was würden Sie rückblickend als Ihren größten Erfolg als Kommissarin nennen? Was ist Ihnen noch als positivstes Erlebnis oder Ereignis in diesen Jahren in Brüssel in Erinnerung?

Wulf-Mathies:

Ich fand es spannend, in einem multinationalen Kontext zu arbeiten, mit einer Generaldirektion, in der die Beamten aus allen Mitgliedsstaaten kamen. Auch die Art der Diskussion in der Kommission: eine offene Meinungsbildung, auch bei Themen, bei denen unterschiedliche politische Kulturen aneinander stießen, die Bereitschaft, aufeinander zu hören und gegebenenfalls seine Meinung zu revidieren, habe ich als eine sehr positive Erfahrung aus der Kommission mitgenommen. Was meine Arbeit betrifft, nenne ich nochmals das Stichwort „Nord-Irland“, weil das Peace-Programm ein großer Erfolg und ein stiller Sieg der europäischen Integration über bilaterales Handeln war und den europäischen Mehrwert gegenüber dem, was Mitgliedsstaaten allein bewirken können, dokumentiert.

Ich bin auch stolz darauf, dass wir mit der „Agenda 2000“ eine echte Reform der Strukturfonds zustande gebracht haben, die die Santer-Kommission überdauert hat. Wir haben es geschafft, trotz aller Sparvorgaben durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten ein Finanz-Volumen zu sichern, das weiterhin eine wirksame Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts erlaubte. Darüber hinaus konnten wir für die Beitrittskandidaten Mittel zur Verfügung stellen, die ihnen helfen sollten, näher an das Einkommensniveau der Mitgliedsstaaten heranzukommen. Dazu war es nötig, einen Mechanismus zu schaffen, der dafür sorgt, dass Mitgliedsstaaten, die das gesteckte Ziel erreicht haben, aus der Förderung ausscheiden. Irland hatte damals zum Beispiel ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) oberhalb des Durchschnitts aller Mitgliedsstaaten und wurde deshalb schrittweise aus der Förderung „ausgephast“. Das Gleiche galt auch für etliche andere Regionen – wie man sich denken kann, nicht zur Begeisterung der Mitgliedsstaaten, die sich an die europäischen Gelder gewöhnt hatten. Die Strukturfonds sollten aber nach ihrer Zweckbestimmung Hilfe zur Selbsthilfe und keine dauerhaften

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Haushaltszuschüsse sein. Wir haben ferner die Förderung transparenter gestaltet und Ungereimtheiten, wie unterschiedliche Förderintensitäten bei gleichem Sachverhalt, beseitigt. Die wichtigsten Elemente der Reform waren: Die Ermittlung des Förderbedarfs aufgrund eindeutig messbarer volks-wirtschaftlicher Größen, die Konzentration auf die ärmsten Regionen, die Beendigung der EU-Förderung bei Erreichen des Förderziels mit langsamem Ausphasen, sowie die Einsparung von Mitteln für eine angemessene Vorbeitrittsstrategie. Diese Grundsätze konnten wir gegen alle Partikularinteressen durchsetzen. Dabei half uns, dass wir knapp drei Prozent der Gesamtsumme für spezifische Probleme in einzelnen Mitgliedsstaaten reserviert hatten. Wäre es uns nicht gelungen, diese Sonderwünsche zu befriedigen, hätte die Gefahr bestanden, dass unser insgesamt ausgewogenes Gesamtkonzept in den Verhandlungen gesprengt worden wäre, denn auch für die Höhe der Strukturfonds galt das Einstimmigkeitsprinzip.

Die Reform der Strukturfonds ist für mich rückblickend eine sehr ordentliche Leistung, wenn man bedenkt, dass die Kommission zum Zeitpunkt der Verhandlungen ja nur noch geschäftsführend im Amt war. Nach den Auseinandersetzungen mit dem EU-Parlament war es überraschend und auch ein wenig versöhnlich, dass die Agenda 2000 anschließend vom Parlament mit viel Lob verabschiedet wurde.

Gehler:

Sie haben zwei Stunden Rede und Antwort gestanden. Ich danke Ihnen ganz herzlich für dieses Gespräch.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 213 (2012) Ryszard Rapacki
Poland and Greece – Two Contrasting EU Enlargement Experiences
- C 214 (2012) Claudia Rommel
Economic Partnership Agreements in the EU's post-Lomé Trade Regime: Negotiations with West Africa
- C 215 (2013) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Schlüsselwörter der sozialen Ordnung (II)
- C 216 (2013) Marc Jan Eumann
Current Challenges in EU Politics. A Perspective from North Rhine-Westphalia
- C 217 (2013) Desislava Krалеva
Free Movement of Workers in the EU. Legal Aspects of the Transitional Arrangements
- C 218 (2013) Martin Seidel
Die deutsche Europapolitik unter den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts
- C 219 (2013) Thorsten Kim Schreiwies
Die Demokratisierung der Europäischen Union
- C 220 (2013) Michael Schreyer
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 221 (2014) Günter Verheugen
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 222 (2014) Simon Perger
Regionale Integration in der arabischen Welt – eine neofunktionalistische Analyse
- C 223 (2014) Ludger Kühnhardt
Gibt es eine politische Philosophie der Europäischen Union?
- C 224 (2014) Christina Wunder
Communication and Campaigning in European Citizens' Initiatives
- C 225 (2014) Ludger Kühnhardt
Die proto-konstitutionelle Etablierung der europäischen Innenpolitik. Rückblick und Ausblick auf Bedingungen föderaler Ordnung in Europa
- C 226 (2014) Lothar Rühl
European Foreign and Security Policy since the Lisbon Treaty – From Common to Single?
- C 227 (2015) Monika Wulf-Mathies
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

